

Pulsnitzer Tageblatt

Preisprophet 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Reichsmark: Die sechsmal gespaltene Beitzelle Mofse's
Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20.
Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer
Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren
durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter
:: :: :: :: :: Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung :: :: :: :: ::

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäusern des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Eichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 99

Sonnabend, den 25. Juli 1925

77. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Gebührensätze für die Heimbürgerin.

Die städtischen Kollegien haben beschlossen, mit Wirkung ab 1. Juni 1925 die
Gebühren der Heimbürgerin nach folgenden Grundsätzen zu regeln:

Die Heimbürgerin soll erhalten:

- | | |
|-------------------------------------|--------|
| a) für die Leiche eines Erwachsenen | 12.— M |
| b) für Kinder von 4—14 Jahren | 9.— M |
| c) für Kinder unter 4 Jahren | 6.— M |

zuzüglich Bezahlung der Nebenleistungen.

Pulsnitz, den 24. Juli 1925.

Der Stadtrat.

Arbeitnehmerzählung.

An Stelle der bisher üblichen Arbeiterzählung findet in diesem Jahre eine Zählung
gewerblicher Arbeitnehmer statt. Bei dieser Zählung sind zu berücksichtigen:

1. Alle gewerblichen Betriebe, in denen 5 und mehr Arbeitnehmer (Arbeiter und Ange-
stellte) beschäftigt werden;
2. Ähnliche mit motorischer Kraft (Dampf, Wind, Wasser, Gas, Elektrizität usw.) betrie-
benen Anlagen, auch wenn in ihnen weniger als 5 Arbeitnehmer (Arbeiter und An-
gestellte) beschäftigt werden;

3. Gast- und Schankwirtschaften auch mit weniger als 5 Arbeitnehmern;

4. gewerbliche Anlagen, für die gemäß § 120e der Gewerbeordnung besondere Schutzvor-
schriften erlassen sind, auch wenn diese Anlagen nicht motorisch betrieben und in
ihnen weniger als 5 Arbeitnehmer beschäftigt werden (z. B. Steinbrüche, Stein-
hauereien, Anlagen, in denen Thomaschlacke gelagert wird, Lumpenfortrierereien
und Porzellanfabriken, Anlagen zur Vulkanisierung von Gummiwaren, Bürsten-
und Pinselmachereien, Bäckereien, Konditoreien, Werkstätten der Tabakverarbeitung
und der Kleider- und Wäscheherstellung, Malerwerkstätten, Buchdruckereien).

Die Ausfüllung der Zählblätter ist seitens der Arbeitnehmer oder ihrer Stellvertreter
nach dem Stande vom 1. August zu bewirken. Den Unternehmern werden die Zählblätter bis
zum 1. August zugestellt, soweit dies aber nicht erfolgt, sind die Betriebsunternehmer verpflichtet,
sich die erforderlichen Formulare im hiesigen Polizeiamte zu entnehmen. Bei der Ausfüllung
der Zählblätter sind die auf der Rückseite derselben aufgedruckten Erläuterungen zur Beantwortung
von Rückfragen und Verzögerungen genauestens zu beachten.

Gleichzeitig mit der Zählung der gewerblichen Arbeitnehmer findet am 1. August 1925
eine Zählung der beschäftigten Schwerbeschädigten statt. Hierfür kommen nur die gewerblichen
Betriebe in Frage, die in der Regel 20 oder mehr Arbeitnehmer beschäftigen. Für die Ausfüllung
dieser Formulare gilt das Obengesagte entsprechend.

Die Abholung der ausgefüllten Zählblätter erfolgt zwischen dem 2 und 4 August
Zählblätter, die bis zu diesem Zeitpunkte noch nicht abgeholt sind, sind am 5. August 1925 bis
mittags 12 Uhr im Polizeiamt abzugeben.

Pulsnitz, am 25. Juli 1925.

Der Stadtrat.

Das Wichtigste.

Der Reichsernährungsminister erklärte im Reichstagsauschuß,
daß die Regierung für das Zollkompromiß eintreten werde.
Zum Präsidenten des evangelisch-sozialen Kongresses wurde
Reichsgerichtspräsident Dr. Simon (Leipzig) gewählt.
Dr. Simon hat die Wahl angenommen.
Der Oberbürgermeister von Koblenz hat gegen schwere Aus-
sprechungen der französischen Besatzung einen scharfen
Protest erhoben.
Die Eisenbahner-Gewerkschaften haben den Beschluß gefaßt,
den laufenden Lohnvertrag zum 31. August zu kündigen.
Die belgischen Truppen haben das Ruhrgebiet jetzt vollstän-
dig geräumt. Der letzte belgische Soldat der Ruhrbesetzung
soll gestern die Rheinbrücke überschritten haben.
In Frankreich steht ein Generalstreik im Bergbau bevor.
In Polen wird eine starke Propaganda für eine Befestigung
des Korridors und Oberschlesiens eingeleitet.
Bei einem Grubenunglück im Staate Illinois wurden 20
Grubenarbeiter verschüttet. Es gelang, 10 Bergarbeiter
zu retten. Von den anderen glaubt man, daß sie tot sind.
In Gomel (Rußland) verurteilte das Gericht zwei Bauern
wegen Ermordung eines kommunistischen Jugendverbändlers
zum Tode durch Erschießen. Eine ganze Anzahl anderer
Angeklagter erhielten Gefängnisstrafen von 8—10 Jahren.
Aus Frankfurt melden die „Jewettja“ daß das Gouvernements-
gefängnis in einem Prozeß gegen 25 „Banditen“
19 Todesurteile gefällt hat.
Infolge zweier Wolkenbrüche entstand gestern in Trinidad
(Colorado) eine Ueberschwemmung, durch welche Hunderte
von Häusern unter Wasser gesetzt, Brücken abgebrochen
und Bahnstrecken zerstört wurden. Trotz des bedeutenden
Sachschadens sind keine Menschenverluste zu verzeichnen.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Ein Heimatfestbummler eigener
Art.) Während des Heimatfestes hatte sich rasch die Mode
eingebürgert, Luftballons steigen zu lassen. Namentlich am
letzten Festabend sind Luftballons zu Dutzenden vom Markt
aus losgelassen worden. Vielen war eine Karte mitgegeben
worden, um zu erkunden, wo und wann der Ballon gelandet
ist. Auch unser Festberichter Otto Flössel hatte am
20. Juli abends 1/10 Uhr einen solchen Ballon steigen lassen.
Jetzt erhielt er die Antwort, daß dieser am nächsten Morgen
gegen 7 Uhr in Schönborn bei Langebrück gefunden worden
ist. Sein Weg ist also nicht sonderlich lang gewesen, und er
hat sich auch die nötige Zeit dazu genommen. Offenbar
haben ihn die Pulsnitzer Heimattage so mitgenommen, daß
er froh gewesen ist, bald ein ruhiges Plätzchen zum Aus-

ruhen gefunden zu haben. Zweifellos werden auch andere
Heimatfest-Lustschiffer Nachrichten erhalten haben.

(Siehe Nächte) gehören zu den unangenehmen
Beigaben des Hochsommers. Gar mancher, der an sich keinen
tiefen Schlaf hat, klagt zu dieser Zeit über das gefürchtete
Uebel der Schlaflosigkeit, die oft viele Wochen andauert und
zu einem jahrelangen chronischen Leiden ausarten kann. In
den schwülen Sommernächten sind weiche Federbetten zum
Zudecken des Körpers wenig geeignet; man vertausche sie
mit leichten Wolldecken oder gar Leintüchern. Die Betten
sind fleißig zu lüften. Doch setze man sie nicht den direkten
Sonnenstrahlen aus. Auch ist das Schlafzimmer morgens
und abends längere Zeit zu lüften und der Fußboden täglich
zu überwaschen. Sorge zu tragen hat man auch gegen das
Einnisten von allerhand Ungeziefer; Fugen und Ritzen sind
mit Schmierseife und Petroleum zu behandeln. Um die
Schlaflosigkeit zu bannen, sind häufige kühle Abreibungen
und erfrischende Bäder angezeigt. Ein kühlendes Getränk
für die Nacht ist Zitronenwasser.

(Die Konkurse im Monat Juni 1925 in
Sachsen.) Im Monat Juni sind laut Mitteilung des
Statistischen Landesamtes 111 Anträge auf Konkursöff-
nung gestellt worden. Von diesen entfallen 72 auf die
Städte Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen und Zwickau.
73 Anträgen ist stattgegeben worden, während 38 mangels
Masse abgelehnt sind. Von den neuen Konkursen betrafen
77 natürliche Personen, 23 Gesellschaften, 1 eingetragene
Genossenschaft und 10 Nachlässe. 32 entfielen auf die In-
dustrie, 55 auf den Warenhandel, 13 auf sonstige Gewerbe
und 1 auf die Landwirtschaft. Beendet worden sind 52
schwebende Konkursverfahren, davon 33 durch Schlußver-
teilung, 11 durch Zwangsvergleich, 3 infolge allgemeiner Ein-
willigung und 5 wegen Massemangels. Neben den Kon-
kursen sind noch 21 Geschäftsaufsichten zur Abwendung der
Konkurse angeordnet und 8 abgelehnt worden. Davon be-
trafen 20 natürliche Personen, 7 Einzelfirmen und 2 Ge-
sellschaften. 14 entfielen auf die Industrie, 13 auf den
Warenhandel und 2 auf sonstige Gewerbe. Beendet wurden
19 Geschäftsaufsichten und zwar 13 durch Zwangsvergleich,
5 aus anderen Gründen, während bei 1 der Konkurs er-
öffnet werden mußte. Von den insgesamt beteiligten 199
Unternehmungen waren 138 (= 69,35 %) erst nach dem
Kriege entstanden, gegen 12 (= 6,03 %) aus der Kriegs-
zeit und 45 (= 22,61 %) aus der Vorkriegszeit stammenden,
sowie vier, bei denen die Zeit der Gründung unbe-
kannt ist.

Ramenz, 24. Juli. (Beim Aufsteigen auf den
fahrenden Zug tödlich verunglückt.) Ein junger
Mann aus dem benachbarten Zeißholz wollte zur Fahrt nach
seiner Arbeitsstätte in Zeißholz die Bergbahn Zeißholz-
Straßgraben benutzen. Um 5 Uhr morgens sprang er bei
„Saxonia“ auf den fahrenden Zug, glitt aus und kam un-

ter die Räder. Außer schweren inneren Verletzungen wur-
den ihm beide Beine abgefahren. Der Tod trat auf der
Stelle ein.

Dresden, 24. Juli. (Warnung vor einem rei-
senden Betrüger.) Ein reisender Betrüger, der sich
Otto Kunze und Arthur Nische nennt, läßt sich von Fir-
men Seife, Glühbirnen und andere Artikel in Gastwirt-
schaften liefern, weiß dann die abliefernde Person fortzu-
schicken und verschwindet mit den Waren oder deren Erlös.

Dresden, 24. Juli. (Sächsischer Lebenshal-
tungs-Index.) Nach der Berechnung des Statistischen
Landesamtes beträgt die Sächsische Gesamtindexziffer der
Lebenshaltungskosten auf erweiterter Grundlage (Ernährung,
Heizung, Beleuchtung, Wohnung, Bekleidung, Verkehr, Kör-
perpflege, Reinigung usw.) im Durchschnitt des Monats
Juli 144,1 (Vorkriegszeit = 100). Sie ist demnach gegen
die für den Monatsdurchschnitt Juni vorkriegszeitliche
von 138,3 um 4,2 v. H. gestiegen. — (Die Großhan-
dels-Indexziffer für den 22. Juli ist gegenüber dem
Stand der Vorwoche (134,9) um 0,4 vom Hundert auf
134,3 zurückgegangen.)

Riesa, 24. Juli. (Hoch klingt das Lied vom
braven Mann.) Nachdem erst kürzlich Lokomotivführer
Reinreich und Heizer Lange vom Bahnhof Strehla bei
Riesa ein Kind vom Tode des Ueberfahrenwerdens durch
einen Güterzug gerettet hatten, gelang es jetzt dem Loko-
motivführer Hauptreißer an der schwer zu übersehenden
Kurve bei Mannschaf ein zwei Jahre altes Kind, das spie-
lend zwischen den Schienen stand, durch Abpringen während
der Fahrt noch rasch vor der Maschine wegzureißen und es
so vor dem sicheren Tode des Ueberfahrenwerdens zu retten.
Das Kind war bereits umgestoßen worden, hatte aber außer
unbedeutenden Hautabschürfungen keinerlei Verletzungen erlitten.

Chemnitz, 22. Juli. (Der Großhandel zum
Finanzausgleich.) Die Landesgruppe Sachsen im Zen-
tralverband des deutschen Großhandels hat zur Frage des
Finanzausgleiches folgende Entschlüsselung gefaßt. Die Lan-
desgruppe „Sachsen“ im Zentralverband des deutschen Groß-
handels nimmt mit Befremden Kenntnis von dem Berichte,
der im Sächsischen Landtag zum Finanzausgleich gegeben
wurde, und von den Absichten gegen die höchst notwendige
und durch Reichsverfassung vorgesehene Kontrolle über das
Finanzgebaren der Länder und Gemeinden, die der sächsische
Finanzminister entwickelt hat. Abgesehen davon, daß sie
den Vergleich mit der Finanzkontrolle über die Türkei als
geschmacklos ablehnt, vermag sie den Berichterstatter, der in
diesem Gebiete als stark interessiert bezeichnet werden muß,
nicht die Befugnis zuzugestehen, über das Maß der Reichs-
freundigkeit und im sächsischen Land und in den sächsischen
Gemeinden derartige Urteile abzugeben. Wenn der Groß-
handel da und dort im Kampfe gegen ungerechte oder unge-
eignete Steuermaßnahmen scharf kämpft, so berührt dies



seine Reichsfreudigkeit in keiner Weise. Er versagt deshalb den Landtag und dem sächsischen Finanzminister in ihren Widerstand gegen das Reich die Gefolgschaft und hält die vom Reich vorgesehene Finanzkontrolle über Länder und Gemeinden geradezu für Pflicht der Reichsregierung, die er bei diesem Vorgehen mit seinem Einfluß und seinem Ansehen kräftig unterstützt. Denn nur dieses Mittel ist geeignet, die deutsche Währung auf die Dauer gesund zu erhalten und die deutsche Erzeugerschaft wie den deutschen Handel wettbewerbsfähig gegenüber dem Auslande zu machen, so daß eine erfolgreiche Handelspolitik getrieben werden kann, die heute leider undurchführbar ist. Das Defizit im sächsischen Land und in den Gemeinden kann sehr wohl dadurch ausgeglichen werden, daß man spart und darauf verzichtet, die Mittel der Steuerzahler in angeblich werbende Unternehmen zu stecken die dadurch aufrecht erhalten werden, daß man ihnen unberechtigte Steuervorteile und Kredite einräumt.

(Die wissenschaftliche Abteilung der Landwirtschaftlichen Landesausstellung (Sachsen) vom 4. bis 8. September ds. Jz. in Dresden-Reich wird dem Besucher einen geschlossenen Ueberblick über die gesamte Statistik der sächsischen Landwirtschaft vermitteln. Volkswirtschaftliche und agrarpolitische Darstellungen, die Bevölkerungsdichte, Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten, Besitzverteilung werden als statistisches Zahlenmaterial bildlich zur Anschauung gebracht werden. In dieser Abteilung folgen dann eine Reihe von Einzelausstellungen der staatlichen Institute wie Universität in Leipzig, Veterinärinstitut, Tierärztliche Hochschule, die drei Versuchsanstalten, Landesstatistikamt, Staatliche Lehrschmiede, Landeswetterwarte, Geologisches Landesamt usw. Besonders umfangreich werden die forstwirtschaftliche und wissenschaftliche Abteilung, an die sich eine Landesfakultätsausstellung und eine solche der staatlichen Versicherungsinstitute anschließt. Auch die Heeresfachschule wird ihre wissenschaftlichen Ergebnisse zur Darstellung bringen.

Elstra. (Besitzwechsel.) Die der Fa. M. N. Döwald & Co., Ohorn, gehörige Transportband-Weberei-Einrichtung in Döfel ist infolge Auflösung der Gesellschaft durch Kauf an die Fa. August Horn, Mechanische Weberei in Bretzow, übergegangen. Die Firma wird den Betrieb in kürzester Zeit wieder aufnehmen. Die neuen Inhaber planen eine bedeutende Erweiterung des Unternehmens evtl. durch Neubauten.

Dresden, 24. Juli. Richard Strauß' neuestes Werk. Richard Strauß hat soeben sein neuestes Werk, das den Titel „Paragon zu Sinfonia domestica“ führt, vollendet. Die Uraufführung findet in Dresden am 16. Oktober ds. Jz. statt. Als Dirigent wurde Fritz Busch berufen, den Sologeigenpart wird Paul Wittgenstein ausführen.

Zwickau. (Austritt aus der kommunistischen Partei.) Die Mitglieder des Bezirkstages der Amtshauptmannschaft Zwickau, Pilz und Becher, sind aus der kommunistischen Partei ausgetreten und von dieser deshalb zur Niederlegung ihrer Mandate aufgefordert worden. Sie lehnten jedoch dieses Verlangen ab.

Politische Rundschau

Finanzausgleichsdebatte im Steuerauschuß.

Berlin, 24. Juli. Im Steuerauschuß des Reichstages erklärte bei der Beratung des Finanzausgleichs Staatssekretär Popitz, daß die Regierung an den gefaßten Beschlüssen der ersten Lesung unbedingt festhalten möchte. Um den Ländern entgegenzukommen, wolle die Regierung den Ländern und Gemeinden ihre Umsatzsteueranteile nach dem geschätzten Aufkommen von 1500 Millionen garantieren. Gegebenenfalls fehlende Beträge sollen dann aus Mitteln des Haushaltsplanes bestritten werden. Der preussische Finanzminister Höppler-Maschoff erklärte, daß das preussische Defizit bei größter Sparsamkeit auf 550 Millionen anwachsen würde. Die Regierungsvorlage sei für die Länder unannehmbar. Darauf nahm Reichsfinanzminister v. Schlieben das Wort und erklärte, daß das Bestreben in erster Linie darauf gerichtet sein muß, Erfüllung der Londoner Abmachungen zu gewährleisten. Das deutsche Volk befinde sich in einer Schicksalsgemeinschaft und müsse gemeinsam die schweren Lasten tragen. Deshalb könne den Ländern nicht mehr zugestanden werden. Nach weiterer Aussprache vertagte der Ausschuß die Weiterberatung auf Sonnabend.

Starke Enttäuschung in London über die französische Aufnahme der deutschen Antwort.

London, 24. Juli. Der französische Standpunkt, wie er in der Pariser Presse, sowie in den Mitteilungen an den englischen Außenminister in Beurteilung der deutschen Note zum Ausdruck kommt, hat in politischen Kreisen Londons stark enttäuscht. Man weist darauf hin, daß man auf diesem Wege nur schwer zu einer Einigung kommen könne. Die gegenwärtige Stellungnahme der französischen Regierung bedeute nichts anderes, als eine neue Formulierung des schon in der Note vom 16. Juni vertretenen Standpunktes. In England erwartet man im allgemeinen keine schnelle Entwicklung der Dinge, zumal die Krise im Kohlenbergbau die Aufmerksamkeit des englischen Kabinetts sehr stark in Anspruch nimmt. Auch in der englischen Zeitschriftenwelt hat die deutsche Antwortnote einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Die „News Statesman“ schreibt, daß Dr. Stresemann ein entveder ein viel feinsinnigerer Mann sein müsse, als alle seine Vorgänger in vergangenen Jahren, oder er sei viel besser beraten.

Die Türkei und die Anschließfrage.

Die Zeitung „Republik“ nimmt zur österreichisch-deutschen Anschließfrage in ihrem Leitartikel Stellung und macht

den alliierten Gegnern des Anschlusses schwere Vorwürfe. Deutschland und Oesterreich gehörten zusammen. Oesterreich sei heute gewaltsam verstümmelt. Der Anschluß, so erklärt das Blatt, ist eine natürliche, geschichtliche Entwicklung. Die Völker täten gut, diese Ansicht anzuerkennen. Mäßigung und Vernunft seien dringend zu empfehlen. Auch wenn ein Anschlußgedanke nicht wäre, so müsse er notwendig entstehen. Die Anschließgegner bewiesen immer wieder, in welcher schwierigen Lage Europa durch eine falsche Strömung kommen könne.

Die Krise im Ruhrgebiet.

Die deutsche Wirtschaft hat in den letzten Monaten einen gewaltigen Kampf um bessere Lebensbedingungen geführt, sie ist in diesem Kampf unterlegen und muß jetzt die Forderungen von Betriebsstillegungen und Arbeiterentlassungen bezahlen. Am härtesten wird das rheinisch-westfälische Industriegebiet betroffen, in erster Linie wiederum der Steinkohlenbergbau, dessen beste Zechen jetzt ebenfalls von der noch immer unvermindert anhaltenden Absatzkrise betroffen werden. Alle Vorstellungen, die Frachten, Steuern und sozialen Abgaben zu ermäßigen, sind fruchtlos geblieben. Die Gewerkschaften gingen mit ihren Lohnforderungen rücksichtslos vor, die Gemeinden ebenso mit ihren Steuern. So mußte denn schließlich kommen, was jetzt gekommen ist. Der Ruhrbergbau ist am Ende seiner Kraft, er kann weder die Arbeiterheere noch weiter durchschleppen noch die seit Monaten anhaltende Verlustwirtschaft fortsetzen. 83 Zechen sind als erste Opfer auf der Strecke geblieben und mit ihnen viele tausend Arbeiter. Weitere Stilllegungen werden folgen, es wird bis zum Herbst mit der Entlassung von etwa 50 000 Arbeitern gerechnet, eine Zahl, die vielleicht noch zu niedrig gegriffen ist, die aber doch besser als alles andere die große Not des Ruhrbergbaus charakterisiert.

Die Absatzkrise selbst ist auf eine ganze Reihe von Ursachen zurückzuführen. Da sind in erster Linie die weit über dem Friedensfuß liegenden Löhne, die sich in den vergangenen Monaten trotz der schon im südlichen Teile des Rheins vorgenommenen Einsparungen und Stilllegungen immer weiter erhöhten. Die Selbstkosten stiegen naturgemäß ganz erheblich, ohne daß es möglich war, die Mehrausgaben auf den Verbraucher abzugeben. Gerade hier zeigte sich die Schädlichkeit der behördlichen Regelung der Lohnverhältnisse. Trotz der nachgewiesenen Einbußen pro Tonne Förderung stellten sich die Schlichter immer wieder auf die Seite der Gewerkschaften, so daß dann dem Bergbau die entstehenden Mehrausgaben glatt aufgezungen wurden. Die Erfolge dieser Methode ernten die Arbeiter heute selbst, sie müssen entlassen werden, weil es einfach unmöglich ist, die ungeheuren Lohnsummen noch weiterhin aufzubringen. Die Reichsregierung aber täte gut, auch hier die Zwangswirtschaft abzubauen und die Lohnfrage dem freien Ermessen der Unternehmer zu überlassen.

Eine andere Ursache der Absatzkrise sind die Eisenbahnfrachten und die viel zu hohen Steuern. Der erbitterte Kampf mit der Eisenbahn wegen günstigerer Tarife hat zwar zu einer „Ermäßigung“ der Rüstentarife geführt, die jedoch noch immer 150 bis 180 Prozent über dem Friedensfuß liegen. Daß damit dem Kohlenexport nicht geholfen ist, liegt auf der Hand. Ausländische Kohle ist schon wegen der im Ausland günstigeren Frachtkonditionen viel billiger. Darum muß der Ruhrbergbau im Auslande auch zu Kampfpreisen verkaufen, nur um die Absatzgebiete nicht zu verlieren. Die Reichsbahn trägt ein gerüttelt Maß Schuld an der Absatzkrise. Ihre hartnäckige Weigerung, Ausnahmetarife zuzugestehen, hat den Kohlenabfuhr zum größten Teil mit stillgelegt. Auch heute kann die Reichsbahn noch nicht begreifen, daß eine angemessene Frachtermäßigung den Kohlenverkauf so belebt, daß sie durch entsprechende Mehrstellung von Wagen nicht nur die Wiedereinnahmen sofort wieder ausfüllen, sondern auch noch Ueberüberschüsse erzielen würde. Aber auch die Steuern, die heute für Steinkohle im Ruhrgebiet von 1,8 Prozent des Kohlenpreises im Frieden, auf 7 Prozent gestiegen sind, haben nicht verfehlt, die Gesteinsoberflächen so hinaufzutreiben, daß sie heute tatsächlich höher als der erzielte Erlös sind. Kein Wunder, die Städte und Gemeinden wirtschaften einfach darauf los, sie haben ganz vergessen, daß wir einen Krieg verloren und ungeheure Reparationsschulden zu bezahlen haben. Solange die Gemeinden nicht zur Sparsamkeit zurückkehren und an der jetzt geübten Verschwendung festhalten, werden die Gewerbesteuern nicht ermäßigt, muß die Wirtschaft, ob sie will oder nicht, die Kosten der städtischen Finanzpolitik tragen. Nehmen wir nur einmal die Gehälter einer großen rheinisch-westfälischen Stadt zur Hand, die 1913 1,6 Millionen Mark ausmachte, heute aber 7,5 Millionen betragen. Die Durchschnittsgehälter haben also eine Steigerung um 365 Prozent erfahren. Hier liegt doch auf der Hand, daß diese Gehaltsätze nicht nur die Preise in die Höhe treiben, sondern auch noch die Arbeiterschaft mit wesentlich niedrigeren Löhnen in Not bringen und zu Lohnkämpfen aufreizen.

Es soll aber auch nicht übersehen werden, daß die deutsche Wirtschaft von innen heraus eine wesentliche Besserung der Lage herbeiführen könnte. Ein geschlossenes Auftreten gegen die Steuern, Frachten, sozialen Abgaben und Lohnhöchungen, sowie ein Druck auf die Preisgestaltung für Lebensmittel und alle anderen Waren würde zu einer wesentlichen Milderung der Wirtschaftskrise führen und manches industrielle Unternehmen wieder in Gang bringen. Die Absatzkrise ist doch letzten Endes nichts anderes als der Ausfluß des Kohlenminderverbrauchs der deutschen Industrie. Jetzt liegen schon 10 Millionen Tonnen unverkäuflich da. Solange aber die Industrie selbst glaubt, auf bessere Tage warten zu müssen, solange wird eine Besserung auch der Gesamtlage nicht eintreten. Die deutsche Industrie muß wieder dahin kommen, daß sie mehr Kohle kauft, daß der Bergbau wieder zu Geld kommt. Dann wird sie auch sehen, daß der Bergbau ebenfalls wieder Maschinen und sonstige Materialien aufnehmen kann. Wenn nicht irgend etwas geschieht, sei es Verminderung der allgemeinen Lasten, sei es Wiederbelebung der deutschen Gütererzeugung, wird ein Winter eintreten, wie wir ihn auf dem Gebiete der Arbeit und der Arbeitslosigkeit schrecklicher noch nicht gehabt haben.

Aus aller Welt.

**** Rathenow. Keine weitere Ausdehnung des Waldbrandes.** Den vereinigten Anstrengungen der zur Bekämpfung des riesigen Waldbrandes in der Gegend von Steudal, Rathenow und Havelberg eingesetzten Wehren und Militär- und Schutzpolizeiaufgeboten ist es unter gewaltigen Anstrengungen gelungen, eine weitere Ausdehnung des Flammenmeeres zu verhindern. Innerhalb weniger Stunden standen etwa 1100 Morgen in leichten Flammen und wurden völlig vernichtet. Das ganze Gebiet zwischen Rathenow und Elbe bildete ein einziges Flammenmeer und die Orte Steckelsdorf, Karlsthal und Klitz mußten von der Bevölkerung schnellstens geräumt werden, die alles Hab und Gut wegen der drohenden Gefahr zurücklassen mußten. Im ganzen sind ungefähr 20 000 Morgen Wald vernichtet und zwar handelt es sich hauptsächlich um Kleinbäuerlichen Besitz, der reich an Wildbeständen war. In großen Rudeln kamen Nebe aus den Flammen gelaufen, schreckten aber vor den Menschen und liefen wieder zurück in die Glut und verbrannten. Trotzdem die weitere Ausdehnung des Feuers unterbunden wurde, ist der Brand noch nicht völlig gelöscht. Das Feuer glimmt und schwelt unter ungeheurer Rauchentwicklung noch andauernd weiter und es dürfte erst nach mehreren Tagen, ja nach Wochen erst gelingen, das Feuer endgültig zu ersticken.

**** Gasvergiftung.** Zwei Arbeiter, die auf der Kupferhütte in Duisburg mit der Reinigung des Gasanals beschäftigt waren, wurden im Kanal besinnungslos aufgefunden. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche blieben ergebnislos. Der Tod war durch Gasvergiftung eingetreten. Die Ursache des Unglücks ist im Augenblick noch nicht festgestellt.

**** Todesopfer einer Spielerei.** Fünf Mädchen fuhrten zu ihrem Vergnügen mit der Drahtseilbahn eines Wertes bei Langenbrand, die ein Arbeiter hierzu in Bewegung gesetzt hatte. Plötzlich sauste der Förderseil mit den Mädchen in die Tiefe. Durch den Absturz wurden drei Mädchen sofort getötet, während die zwei anderen später ihren schweren Verletzungen erlagen. Der Arbeiter selbst liegt mit lebensgefährlichen Verletzungen im Krankenhaus.

**** Im Streit erschossen.** Im Verlaufe einer Auseinandersetzung erschoss der Stadtverordnete Werner Diez aus Altona in Boberg bei Sande seinen Schwager, den Kaufmann Vorrath. Diez will in Notwehr gehandelt haben.

**** Wolkenbrüche über Wien.** Ueber Wien und Umgebung ging ein schweres Gewitter mit Wolkenbruch nieder, welches schweren Schaden anrichtete. Die Feuerwehr mußte 80mal ausrücken, um die Bewohner der Kellergehoftse in den tiefgelegenen Stadtbezirken vor dem eindringenden Wasser in Sicherheit zu bringen.

**** Abstürze in den Alpen.** Auf dem 2800 Meter hohen Schmalzopf stürzte die Kaffeeerin Erna Jakob aus Berlin 200 Meter tief ab und blieb tot liegen.

Nach dem „Tiroler Anzeiger“ ist der 19jährige Tourist Gernot Leyer aus München am Wilden Kaiser abgestürzt. Es ist dies in einer Woche das dritte Todesopfer in dieser Gegend.

**** Zu dem Fliegerunglück in der Schweiz** werden noch folgende Angaben gemacht: Das verunglückte Passagierflugzeug verließ Stuttgart abends 7½ Uhr mit dem erfahrenen Piloten Hieronymus, der nach 1½ Stunden Fahrt in München landen wollte. Eine starke Brise trieb das Flugzeug vor seinem Kurve ab. In der Nähe von Ulm verlor der Pilot infolge der Dunkelheit die Orientierung vollständig. Ueber dem Bodensee angekommen, glaubte der Pilot, den Ammersee zu überfliegen, konnte aber die Scheinwerfer des Münchener Flugplatzes nicht entdecken. Bei seiner weiteren Fahrt gegen den Züricher See erkannte er die Stadt Zürich und sah den Entschluß, den Flugplatz über Dübendorf zu erreichen, den er aber, weil er noch nie in der Schweiz geflogen war, in der Nacht nicht fand. Er wandte sich dann die Limmat abwärts, kontrollierte das Benzin und stellte fest, daß der Brennstoff noch höchstens eine Stunde reichen werde. Darauf beschloß er, in der dunkelsten Nacht unter allen Umständen zu landen, und versuchte, das Flugzeug luftgerecht auf den Boden abzusetzen. Dem konfidierten Flieger und seiner Kunst ist es zu verdanken, daß das Unglück nicht noch größer geworden ist. Die Räumungsarbeiten am Flugzeug, das infolge des Könnens und der Geistesgegenwart des Piloten nicht vollständig zertrümmert ist, wurden von Dübendorf aus besorgt. Der Motor ist kaum beschädigt. Jedenfalls sind Rumpf und Fahrgestell noch intakt, während die Tragflächen vollständig zerstört sind.

**** Schwere Gewitter in England.** London und Umgegend wurden von einem heftigen Gewitter mit Regen und Hagel heimgesucht. Der Blitz verursachte verschiedene Brände, Hunderte von Fenstern wurden vom Hagel zerschlagen, und Sturzregen überflutete viele Straßen, so daß das Wasser in Häuser und Läden eindrang. Es wird gemeldet, daß eine Reihe von Personen durch Hagelkörner von ungewöhnlicher Größe verletzt wurden. In der Nähe von Seven Dals wurde eine Feuerwachtstation vom Blitz getroffen und in zehn Minuten durch Feuer zerstört. Ein Spitalsaal in der Nähe von Dartford wurde ebenfalls vom Blitz getroffen und brannte ab. Der Saal war glücklicherweise leer.

**** Freigesprochen.** Vor drei Jahren hatte der deutsche Kaufmann Heinrich Koch gegen die Schriftstellerin Gräfin Testa Piccolomini Klage erhoben, weil sie das ihr bei Kriegsausbruch von der Firma übergebene Vermögen und die Einrichtung verschleudert habe, die mit 1 Million Lire Gesamtwert angegeben wurden. Sie wurde vor drei Jahren zu 5000 Lire Geldstrafe verurteilt. Das Berufungsgericht sprach sie von jeder Schuld frei.

**** Attentat auf katholische Vereinshäuser.** In Spezia wurden von Unbekannten zwei katholische Vereinshäuser heimgesucht und ihre Einrichtung zerstört. Die Polizei verhaftete einige Personen. Ebenso wurden in Igna Jan Domino zwei katholische Vereinshäuser zerstört.

**** Hitze überall.** In Amsterdam wurden 34 Grad C Wärme gemessen. In vielen Orten ist Trinkwassermangel eingetreten. Mehrere große Waldbrände werden gemeldet.

Der Reichstag billigt die deutsche Note.

Berlin, 24. Juli. Der Reichstag genehmigte den Billigungsantrag der Regierungsparteien zur Außenpolitik mit 235 gegen 158 Stimmen bei 13 Stimmenthaltungen.

Das Echo der Stresemann-Rede in Paris.

Kein Verständigungswille in Frankreich.

Paris, 24. Juli. Die Reichstagsrede des Reichsaußenministers Dr. Stresemann, die die französische Presse übrigens in recht unvollkommenen Auszügen wiedergibt, wird im „Temps“ kritisiert. Er läßt sich wie folgt aus: Wenn Stresemann erklärt, daß Deutschland eine Friedensoffensive großen Stils beginne, muß man an eine Offensive denken, um den durch den Versailler Vertrag geschaffenen Frieden zu revidieren. Darüber täuschen sich die Deutschen auch nicht, und deshalb hat ein so ausgezeichnete Nationalist wie Graf Westarp, der Stresemann vor einigen Tagen heftig angegriffen hatte, die Frankreich erteilte Antwort gebilligt. Er hat die Beseitigung ungerechtfertigter Maßnahmen im Saargebiet gefordert und nicht vergessen,

Die Räumung der Röhrenzone

und die Aufhebung des Artikels 16 des Versailler Bundesstatuts zu verlangen. Selbst die Ausführbarkeit des Dawesplanes wird angezweifelt, denn Minister Stresemann sagte, es sei gewiß, daß der Dawesplan nicht ausgeführt werden könne, wenn die Sanktionspolitik auch in Zukunft das Grundprinzip der europäischen Politik bleibe. Mit der Forderung, von nun ab den Alliierten Sanktionen für absichtliche Verletzungen Deutschlands zu unterliegen und deren Bewertung dem Völkerbund selbst für den Fall der Nichtausführung des Dawesplanes vorbehalten zu wollen, wird eine Summe von Forderungen aufgestellt, die über alles aufklärt, was die Deutschen an Nutzen aus dem Abschluß eines Sicherheitspactes ziehen wollen, um sich durch eine geschickt durchgeführte politische Erpressung von den Ketten des Friedensvertrages zu befreien. Durch den Mangel an Maß und Ziel und den Mangel an psychologischer Kenntnis, durch den sich die Deutschen auszeichnen, übertrieben sie und werden es schließlich dahin bringen, daß sie auch den besten guten Willen ermüden.

Beniger ungenügend urteilt das „Journal des Débats“ über die Stresemann-Rede. Dadurch, daß er von der Friedensoffensive großen Stils gesprochen habe, habe er einen Auspruch aus der militärischen Terminologie übernommen und dadurch vielleicht, ohne es zu wollen, das Manöver gekennzeichnet, für das die Note vom 20. Juli der Beginn sei. Eine Offensive, selbst wenn man sie als friedlich bezeichnet, sei eine Operation, die zum Ziele habe, die von einem Gegner besetzten Punkte zu nehmen. Das sei auch wahrscheinlich das Ziel, auf das die Reichsregierung lossteuere. Man bemerke also sofort den Unterschied zwischen der französischen und der deutschen Auffassung in der Sicherheitsfrage. Französischerseits sei man der Ansicht, daß durch den Abschluß eines derartigen Vertrages allen Mächten ein Plus an Sicherheit, aber keine Verminderung bestehender Garantien gebracht werden müsse. In Berlin sei man der Ansicht, daß die eingeleiteten Verhandlungen es den Deutschen gestatten müßten, eine Reihe von Vorteilen, besonders was Mittel- und Osteuropa betreffe, zu erzielen und dadurch den Weg für eine spätere, noch radikalere

Revision des Friedensvertrages

zu ebnen. Man müsse in Rechnung stellen, daß, wenn der Reichsaußenminister im Reichstag spreche, er nicht nur diplomatische Strategie, sondern auch parlamentarische Taktik betreibe. Aber dieses Argument dürfe nicht übertrieben werden; denn es sei außerordentlich wahrscheinlich, daß Stresemann ein Bismarckianer von Ursprung und Temperament, sehr wohl wisse, wie er die inneren Widersprüche zugunsten seiner politischen Aktion nutzbar machen könne. Aber für den Augenblick habe die deutsche Regierung die Unterstützung aller Parteien von den Nationalisten bis zu den Sozialisten. Ja, der Redner des katholischen Zentrums habe sogar die Hoffnung ausgesprochen, daß

Cupen und Malmedy

wieder Deutschland zurückgegeben würden. Die Offensive großen Stils sei also im Reichstage eröffnet worden. Sie dürfe Frankreich nicht erschrecken. Wer der französischen Regierung den Rat gäbe, die Verhandlungen über den Sicherheitspact fallen zu lassen, gäbe ihr einen schlechten Rat. Im Gegenteil sei es wichtig, zu zeigen, daß Frankreich bereit sei, einen Pact abzuschließen, vorausgesetzt, daß es sich um ein Arrangement handle, das nicht zur Folge habe, die Friedensverträge zu sabotieren, also das Statut des neuen Europas zu untergraben. Die französische Regierung sei in ausgezeichnete Lage. Wenn die Verhandlungen zu keinem Abschluß kämen, dann müsse klargestellt werden, daß Deutschland für den Mißerfolg verantwortlich sei.

Schweden zur deutschen Note.

Stockholm, 24. Juli. Die Aufnahme der deutschen Note seitens der Stockholmer Presse ist günstig. Socialdemokraten findet, daß kein unparteiischer Beobachter umhin kann, den ernstlichen Willen der deutschen Regierung, die große Frage zu lösen, anzuerkennen. Mit Recht erinnere die deutsche Regierung an die Abrüstungspflichten der Alliierten, deren Erfüllung allein den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund unter Aufrechterhaltung des Artikels 16 ermöglichen. Die Lösung der Sicherheitsfrage liege nunmehr in den Händen der Alliierten. Der Bericht von „Svenska Dagbladet“ enthält zahlreiche Kommentare seines Berliner Korrespondenten, die die Billigung der deutschen Gesichtspunkte erkennen lassen. Dagens Nyheter kommentiert die Note in einem Leitartikel unter der Überschrift:

„Deutschlands Entgegenkommen.“

Der Artikel schließt: Wenn Deutschland es selbstverständlich nennt, daß die Anpassung geltender Verträge an die veränderten Verhältnisse nicht für alle Zukunft ausgeschlossen sein dürfe, und wenn es hinzufügt, das Sicherheitsabkommen bringe so bedeutende Veränderungen der jetzigen Situation mit sich, daß man sich denken könne, diese müßten auch auf die Okkupationsbestimmungen der europäischen öffentliche Meinung auf ihrer Seite. Nach Alleanza verdrängt sich hinter der höchsten Form der Note eine scharfe, sachliche Kritik an wich-

tigen Teilen der französischen Vorschläge, vor allem an dem Schiedsgerichtssystem.

Der Londoner Botschafter Frankreichs bei Chamberlain.

London, 24. Juli. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt über die Besprechung zwischen dem französischen Botschafter und Chamberlain im Auswärtigen Amt, daß de Fleuriau zunächst den Brief mitgeteilt habe, der die Randbemerkungen des Quai d'Orsay zur deutschen Antwortnote enthielt. Da aber die englischen Diplomaten und Rechtsachverständigen die Prüfung der Note noch nicht beendet hätten und das Kabinett noch keine Stellung genommen habe, habe Chamberlain nichts Endgültiges zu den von Frankreich aufgerollten Fragen sagen können. Nach einem Bericht soll Chamberlain den Satz in der deutschen Note, der sich auf die mögliche Vänderung des Rheinlandregimes bezieht, als unwesentlich und hauptsächlich für den deutschen Innenbedarf bestimmt bezeichnet haben. Außerdem habe er der Meinung Ausdruck gegeben, daß die deutschen Forderungen auf zeitweilige Befreiung von gewissen Bestimmungen des Artikels 16 des Völkerbundes vom Völkerbunde selbst entschieden werden müßten.

Die Erpresserpolitik der englischen Admiralität.

London, 24. Juli. In seiner Unterhauserklärung über das Kreuzerbauprogramm wies Baldwin in noch daratf hin, daß die friedliche Weltlage und das Fehlen von irgendwelchem Antagonismus zwischen den Großmächten zur See es ermöglicht habe, die vor zwei Jahren gemachten Vorschläge beträchtlich abzuändern. Einige der neuen Kreuzer würden dem bestehenden Zehntausend-Tonnen-Typ entsprechen, die anderen würden mit ungefähr 8000 Tonnen kleiner und deshalb billiger sein. Henderson kündigte an, daß die Opposition am nächsten Dienstag eine Aussprache über die Erklärung Baldwin's herbeiführen würde.

Der liberale „Star“ greift den Premierminister Baldwin scharf deswegen an, daß er in der Frage der Kreuzer der „Erpresserpolitik“ der Admiralität nachgegeben habe. Das Blatt befürchtet, daß der heute bekanntgegebene Beschluß den Beginn eines neuen Rüstungswettbewerbes bedeutet, und zwar in einem Augenblick, wo im Gegensatz zu der Zeit zwischen 1908 und 1914 überhaupt kein möglicher Feind in Sicht sei.

„Manchester Guardian“ sieht in der Haltung der Admiralität eine schwere Disziplinlosigkeit, deren Erfolg jedem anderen nationalen Dienstzweig schaden müsse.

Die französisch-englische Schuldenregelung.

London, 24. Juli. Die britische Regierung ist durch die französische davon in Kenntnis gesetzt worden, daß eine französische Finanzkommission beauftragt worden ist, Anfang nächster Woche nach England abzureisen, um in London die französischen Schulden zu erörtern und zugleich die Wege zu suchen, diese Schulden zu konsolidieren.

Verschlimmerung der Lage in China.

Ermordung eines amerikanischen Offiziers.

Schanghai, 24. Juli. Der Befehlshaber der mandchurischen Truppen im Gebiet von Schanghai, der kürzlich eine Proklamation erlassen hat, nach der er keine Tätigkeit dulden werde, die den Frieden stören könnte, ließ die Hauptquartiere mehrerer Arbeitervereinigungen auflösen. Wie Reuters aus Peking erfährt, hat sich die Lage im Gebiet von Tschengfan und im Innern von Szechwan verschlimmert. Die Konsulbeamten halten daher im Augenblick eine Räumung der Mission für notwendig.

Major Morgan Palma, ein Amerikaner aus Chicago, der in der nördlichen Mandchurei im Interesse von Flüchtlingen aus dem Hungersnotgebiet eine Farm betrieb, wurde von Räubern überfallen. Die Einwohner der Farm verteidigten sich. Im Laufe des Gefechts wurde Palma getötet, der Augenarzt Dr. Howard vom Rockefeller-Institut in Peking gefangen genommen. Die übrigen Ausländer entkamen. Der amerikanische Konsul Chargin begab sich zu Tschangtscholin und forderte ihn auf, die Freilassung des Arztes zu bewirken.

Wie aus Kobe (Japan) gemeldet wird, ging die 62 Mann starke chinesische Besatzung des Dampfers „Tathynbis“ bei Ankunft des Schiffes im hiesigen Hafen von Bord. Eine neue Besatzung wird an Ort und Stelle angemustert.

Man schätzt heute den Schaden, den die Engländer infolge des Streiks und des Boykotts in den letzten sechs Wochen erlitten haben, auf 25 Millionen Dollar, und zwar sind davon hauptsächlich die Schiffsahrtsgesellschaften und die vielen Wollspinnereien betroffen. Der von den Japanern erlittene Schaden kommt dem der Engländer gleich, der bei der chinesischen Besatzung auf 50 Millionen Dollar geschätzt, so daß also im ganzen für 100 Millionen Dollar Schaden entstanden ist. Es wird die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der amerikanischen Regierung mit den anderen Mächten und einer strengen Ueberwachung Chinas von der amerikanischen Handelskammer in China gefordert, da sonst die gesamten finanziellen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen gefährdet würden.

Große Erfolge Abd el Krims.

Madrid, 24. Juli. Die Franzosen wurden vor Fez, obwohl sie neue Reserven einsetzten, unter schweren Kämpfen gezwungen, die Stellungen zu räumen. Auch bei Ain-Medina und Ain-Matouf wurden die Franzosen trotz des Einsatzes von 40 Bombenflugern geschlagen.

Wie die Franzosen die Sache darstellen.

Paris, 24. Juli. Der amtliche Kampfbericht aus Fez besagt, daß die Kräfte den Rückzug in die Berge fortsetzen. Man habe allgemein den Eindruck, daß sich Abd el Krim der französischen Generaloffensive durch beschleunigten Rückzug zu entziehen versuche.

Teile der marokkanischen Divisionen konzentrierten sich in der Gegend von Taza. Nach Meldungen aus Paris soll in der allgemeinen Lage eine Entspannung eingetreten sein. Marschall Bétain hat Rabat verlassen, um sich nach dem Frontabschnitt von Guezzan zu begeben, wo er mit dem aus Fez eintreffenden Oberkommandierenden der marokkanischen Armee, Naulin, eine Begegnung haben wird. Der Generalstabschef des Marschalls Bétain, General Georges, hat von Casablanca aus seine Rückreise nach Frankreich angetreten.

Die Riffabteilungen unternahmen einen lebhaften Vorstoß auf Ain-Micha und Ain-Matouf. Als sie unter starkem Feuer von französischer Artillerie aller Kaliber genommen wurden, flohen sie hastig nach Norden, wobei sie die Bevölkerung und das Vieh aus allen Dörfern nördlich der Linie Dchebel-Agin-Kaumat-Senhatja mit sich führten. Hierbei muß hervorgehoben werden, daß diese Meldung aus französischer Quelle stammt und die übliche optimistische Färbung der französischen Kriegsberichterstattung trägt.

Unter dem Druck französischer Truppen sollen sich die bisher zugunsten der Riffleute schwankenden Stämme in der Gegend von Quezzan beruhigen. Der Posten von Meila wurde von den Riffleuten genommen, wobei eine große Menge Kriegsmaterial und verschiedene französische Truppenkontingente den Soldaten Abd el Krims als Gefangene in die Hände fielen. Zusammenfassend stellt sich die Lage auf dem marokkanischen Kriegsschauplatz folgendermaßen dar:

Abd el Krim konzentriert seine Truppen vor Taza und Fez. Er scheint dort eine große Generaloffensive zu planen. In den anderen Stellen seiner Front besteht nur eine lose Sicherung des Riffgebietes durch stark irreguläre und geringe reguläre Truppen. Die Franzosen können infolge der in diesen Sommermonaten starken Hitze in Marokko wenig machen und sind darauf angewiesen, die kühleren Monate August, September, Oktober abzuwarten, deren Klima den französischen Truppen günstiger ist. Ein Klimawechsel wird aber auch nicht entscheidend sein, da die genaue Kenntnis des vom Kriege betroffenen Gebiets und aller Pfade und Schleichwege des Gebirges den Riffabteilungen große Vorteile bietet. Wenn die Franzosen nicht wenigstens 300 000 bis 400 000 Mann in Marokko einsetzen, muß sich die Lage für die französische Armee gefahrlos gestalten.

Letzte Drahtnachrichten.

Massenausweisungen aus Polen.

35 000 Existenzen vernichtet.

Berlin, 24. Juli. Die polnische Regierung hat trotz aller Versuche deutscher Amtskstellen, in der Optantenfrage eine mildere Handhabung zu erreichen, nunmehr mit der zwangsweisen Ausweisung der ersten Gruppe von Optanten begonnen. Es handelt sich hierbei um rund 35 000 größtenteils Kleinrentner und Handwerker, die seither ihre Stimme für Deutschland abgegeben, und die nun am 1. August per Schub über die Grenze nach Deutschland abgeführt werden.

Die deutsche Regierung hat in der Frage der Optanten immer die Auffassung vertreten, daß die Optanten zwar das Recht haben sollen, ihren Wohnsitz nach dem Lande zu verlegen, für das sie optiert haben, daß sie jedoch nicht gezwungen werden sollten. Die polnische Regierung dagegen verlangte die Abwanderung. Am 1. August werden zunächst 35 000 Personen über die deutsche Grenze gebracht werden, die innerhalb der kurzen Frist bis dahin keine Möglichkeit haben, ihr Hab und Gut in Polen wenigstens einigermaßen vorteilhaft zu veräußern.

Gegenüber der drakonischen polnischen Zwangsmaßnahme hat die deutsche Regierung gleichzeitig zu

Gegenmaßnahmen

greifen müssen. Es werden alle in Deutschland wohnenden polnischen Optanten, etwa 8000 bis 10 000 Personen, am 1. August mit Exorzizgen an die polnische Grenze gebracht und dort den polnischen Behörden übergeben werden.

Die Verantwortung für diese deutsche Abwehrmaßnahme fällt einzig und allein auf die polnische Regierung, die diese zwangsweise Völkerwanderung veranlaßt hat.

Die italienischen Schulden an England.

London, 24. Juli. Auf eine Anfrage im Unterhaus wurde von der Regierung mitgeteilt, daß Italien am 30. Juni 1925 489,5 Millionen Pfund Sterling an England zu zahlen hatte. Die Rückzahlung müsse vertragsgemäß in Pfund erfolgen. Die aufgerufenen 5% Zinsen wären dem Kapital zugeschrieben worden.

Auch an der Ober ein Waldbrand.

Berlin, 25. Juli. Das Berliner Tageblatt meldet aus Drien: Seit Freitag vormittag wütet ein von Polen herübergekommener Waldbrand, der durch den Gegenwind reichlich Nahrung erhält. Das Dorf Raza steht in Flammen. Auch Luffath ist gefährdet, so daß die Bewohner ihre Grundstücke räumen mußten. Die Förstereien Großheide und Wilhelmshof sind gänzlich niedergebrannt.

Textilarbeiterstreik in England.

Berlin, 25. Juli. Wie die Morgenblätter aus London melden, traten in Bradford 50 000 Textilarbeiter in den Ausstand. Die Streikenden drangen in die Fabriken, wo gearbeitet wurde, ein und erzwangen die Einstellung der Arbeit. Schließlich mußte die Polizei eingreifen. Zahlreiche Fenster sind durch Steinwürfe zertrümmert worden. Zwei Polizisten wurden verletzt.

Aufhebung des österreichischen Visums?

Berlin, 25. Juli. Das Berliner Tageblatt meldet aus Wien: Wie aus gut informierten Kreisen verlautet, wird der Paß-Visumverkehr zwischen Deutschland und Oesterreich am 10. August aufgehoben.

Einigkeitsfest — Sonntag, den 26. Juli, von 11–6 Uhr geöffnet!



Saison- Ausverkauf

von Sonnabend, den 25. Juli bis Sonnabend, den 8. August!

**Trotz billiger Preise habe ich bedeutende
Preismäßigungen eintreten lassen, teil-
weise bis zur Hälfte der früheren Werte**

Nur soweit Vorrat reicht!

Die Preise gelten nur während des Ausverkaufs!

Wasch-Musselin

in hellen und dunklen Mustern

Meter **68 Pf. 78 Pf. 95 Pf. 1.10**

Streifen und Schotten

70–105 cm breit, große Auswahl

Meter **95 Pf. 1.25 1.95 2.25**

Voile

70–110 cm breit, einfarbig und gemustert

Meter **95 Pf. 1.10 1.35**

Mädchen-Hemden

mit Stickerei — kleinere Größen

Stück **95 Pf.**

Damen-Schlüpfer

viele Farben — prima Qualität

Paar **1.10 1.45**

Wäsche-Bördchen u. Bogen

das Stück
10 Meter
zusammen **58 Pf. 65 Pf. 85 Pf.**

Kinder-Kittel

weiß Rips und farbig — Gr. 45/50

Stück **95 Pf.**

Klub-Westen

für Kinder

2.85 3.35 3.95

Musselin-Blusen

in hell und dunkelfarbig

2.25 2.85 3.25

Zefier und Perkal

für Blusen — Kleider — Oberhemden

Meter **58 Pf. 75 Pf. 95 Pf. 1.10**

Kleiderstoff

schwarz/weiß kariert, doppelbreit

Meter **1.25 1.45**

Crepe

einfarbig, 100 cm breit

Meter **2.25**

Taschentücher

45 cm groß, einfarbig rot — grün — blau

Stück **25 Pf.**

Kunstseidene Schals

in enormer Farbauswahl

Stück **1.10 1.65 1.95**

Wachstuch

für Tischdecken, helle Muster

100 cm breit, Meter **1.75**

Damen-Kragen mit Jabot

und einzelne Kragen, Obalstoss

Stück **39 Pf. 95 Pf.**

Kostüm-Röcke

in farbig — marineblau — schwarz — fast alles reine Wolle

3.20 3.75 4.35 5.65

Damen-Strümpfe

in Flor und Seidenflor, grosse Farbauswahl

Paar **48 Pf. 58 Pf. 75 Pf. 95 Pf. 1.45**

Woll-Musselin

in nur modernen Mustern

Meter **1.95 2.95 3.45 4.65**

Blaudruck (Sommerbarchent)

blau / weiss und blau / bunt gemustert

Meter **95 Pf. 1.10 1.35**

Wasch-Seide

in neuen Karos, 70 cm breit

Meter **3.95 4.45**

Mädchen-Schürzen

weiss, Größen 45–50 cm

Stück **1.45**

Wäsche-Stickerei

3–7 cm breit, in reizenden Mustern

das Stück 2,30 Mtr. zus. **48 Pf. 65 Pf. 98 Pf.**

Klöppel-Spitzen u. Einsätze

das Stück
6 od 9 Meter
zusammen **90 Pf. 95 Pf.**

Kinder-Schuhchen

für Erstlinge

Paar **39 Pf.**

Klub-Westen

für Damen und Herren — reine Wolle

7.85 8.95 10.50

Voile-Blusen

in schöner Verarbeitung

2.65 3.75 4.35

Auf die nachstehend verzeichneten
Artikel gebe ich während des Aus-
verkaufs

**20 Prozent
Rabatt**

obwohl die Preise schon fast alle
herabgesetzt sind. Dieser Rabatt
wird vom Kassenzettel abgerechnet

Kinder-Kleidchen und Anzüge — Kopfbedeckungen — Damen- und Kinder-Schürzen — Jumper in Seide und Wolle
Blusen — Röcke — Mäntel — Sporthemden — Klubwesten — Strickjäckchen — Krawatten, Schirme und Stöcke
Halb-Strümpfe — Bade-Anzüge und Kappen — Frottier-Wäsche — Reste aller Art — Sommer-Handschuhe

Kaufhaus Schönwald

Großröhrsdorf

Einigkeitsfest — Sonntag, den 26. Juli, von 11–6 Uhr geöffnet!

Hierzu 5 Beilagen: „Das Leben im Bild“, „Das Leben im Wort“, „Herb und Scholle“, „Sonntag“-Beilage und 1 Beilage zum Hauptblatt.